

Antrag: Reform der Mandatsträgerabgaben

Antragstellende:

Ortsverband Bedburg, Ortsverband Bergheim, Ortsverband Brühl, Ortsverband Erftstadt, Ortsverband Frechen, Ortsverband Hürth

Beschlusstext:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, unter Einbeziehung der Kassierer*innen der Ortsverbände einen Reformvorschlag für die Mandatsträgerabgaben zu erarbeiten. Der Vorschlag soll folgende Grundsätze berücksichtigen:

- (a) eine transparente und gerechte Abgabenstruktur, die eine progressive Staffelung nach Höhe der Gesamtentschädigung oder einen einheitlichen Abgabensatz vorsehen kann,
- (b) die Einbeziehung aller mandatsbezogenen Entschädigungen, einschließlich Funktionszulagen und Vergütungen aus externen Mandaten, die durch die Fraktion oder den Kreistag vermittelt wurden,
- (c) den Verzicht auf pauschale Freibeträge und Obergrenzen,
- (d) vollständige Transparenz über die Bemessungsgrundlagen und die tatsächlich geleisteten Abgaben.

Der bereits vorliegende Reformentwurf des ehemaligen Kassierers soll als Arbeitsgrundlage dienen. Der Vorstand stellt den Reformvorschlag auf dem nächsten ordentlichen Kreisparteirat vor und legt ihn anschließend einer KMV zur Beschlussfassung vor.

Begründung:

Die bestehende Regelung zu den Mandatsträgerabgaben beruht auf Vereinbarungen, die weder transparent noch in ihrer Wirkung gerecht sind. Mandatsträger*innen mit hohen Entschädigungen und mehreren Funktionen zahlen durch Freibeträge und Obergrenzen anteilig weniger als einfache Ratsmitglieder. Das widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung und unseren eigenen politischen Prinzipien. Ob die künftige Abgabenstruktur progressiv gestaltet oder als einheitlicher Satz ausgestaltet wird, soll im Erarbeitungsprozess geklärt werden. Eine Reform, die von den Ortsverbänden mitgetragen wird, stärkt die Akzeptanz und die Legitimation der neuen Regelung.